

Arthur v. L.

Redaktion, Administration u. Druckerei Kolowratring, Pflanzhaus Nr. 11.
Ankündigungsbureau:
Abonnement für Wien:
In Hauptverlag, Wollzeile 23; Ganzjähr. K. 48 Kr.

Neue Freie Presse. Morgenblatt.

Abonnement für das Inland:
Abonnement für das Ausland:
Bei uns (Kreuzbühl-Verlag):
Bei den Postämtern in: Deutschland, Österreich, Ungarn, Italien, etc.

Nr. 15804. Wien, Freitag, den 21. August 1909.

Wien, 20. August.

Der Ruf nach einer Verfassung in Bosnien und in der Herzegowina ist heute zum erstenmal in offizieller Form erklingen. Vor dem Landeschef von Bosnien, Feldmarschalllieutenant v. Winzor, hat der Vizebürgermeister von Sarajewo in einer Subjugationsansprache den Wunsch nach einer Verfassung ausgesprochen, und da die Reden bei solchen Feierlichkeiten in einem gewissen Einvernehmen festgesetzt werden, kann man nicht voraussetzen, daß der Chef der Okkupationsländer von dem Inhalt dieser Ansprache überrascht wurde. Der Vizebürgermeister von Sarajewo ist gewiß der richtige Interpret der Wünsche der Bevölkerung von Bosnien und der Herzegowina, und das Wort, das er ausgesprochen hat, wird auch einen sehr freundlichen und sympathischen Widerhall in der österreichisch-ungarischen Bevölkerung und hoffentlich auch bei der gemeinsamen Regierung und in den Delegationen finden. In Oesterreich klingt das Wort ganz besonders sympathisch. Als der erweiterte Reichsrat vor nahezu vierzig Jahren tagte, war es ein Kaufmann, der von dem siebenbürgischen Sachsenboden in unsere Stadt gekommen war, der einen ähnlichen Ruf ausgebracht und gesagt hat: die Monarchie braucht eine Gesamtverfassung. Das war Maager, dessen Name durch dieses einzige Wort in die Geschichte gekommen ist. Vielleicht wird auch der Name des Vizebürgermeisters von Sarajewo, Dr. Mandić, durch diesen Wunsch, den er in seiner Subjugationsansprache vor dem Feldmarschalllieutenant v. Winzor erhoben hat, für die Entwicklung der Okkupationsländer von nicht minderer Bedeutung sein. Dieser Ruf kommt gerade in jenem psychologischen Moment, in welchem die Geneigtheit, ihn zu berücksichtigen, ganz besonders lebhaft ist. Schon früher wurde ja in den beiden Delegationen wiederholt die Frage angeregt, ob nicht in Bosnien und der Herzegowina die Selbstverwaltung eingeführt werden solle. Die Diskussion über diese Frage hat niemals aufgehört und ist namentlich in der letzten Zeit sehr lebendig gewesen. Der Vizebürgermeister von Sarajewo hat darauf hingewiesen, daß die Volksseele für eine solche repräsentative Selbstverwaltung bereits reif wäre. Das bietet die Veranlassung, eine der wichtigsten Fragen zu prüfen, nämlich die sogenannte Reife für Selbstverwaltung und repräsentative Institutionen. Namentlich in den ersten Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts ist mit der Worten politische Reife und Unreife ein arger Mißbrauch getrieben worden. Was ist unter dieser Reife zu verstehen? Man kann behaupten, daß jedes Volk dazu reif sei, darüber gehört zu werden, wo die Strafen in einem Lande angelegt werden sollen, welche Eisenbahnen nötig sind, welche Steuern am drückendsten empfunden werden und welche Uebelstände in der Verwaltung zu reformieren wären. Fürst Bismarck, der kein unbedingter

Berehrter repräsentativer Einrichtungen war und sich ihnen gegenüber mit vollster Freiheit und Wahrung der eigenen Auffassung kritisch verhalten hat, gab schließlich zu, daß sie nicht zu entbehren wären als sicherstes Mittel gegen Mißbräuche des Absolutismus und der Bureaucratie. Die tüchtigste Beamtenschaft, an der es gewiß in Bosnien und der Herzegowina nicht fehlt, kann sich schließlich doch nicht in alle Gefühle der Bevölkerung derart hineinbeugen, daß sie selbst die täglichen Bedürfnisse des Verkehrs, des Handels und der Verwaltung besser abzuschätzen vermöchte als die unmittelbar davon Betroffenen. Man braucht nicht so weit zu gehen, wie Adam Smith, der gesagt hat: Wie kommt der verfluchte Staat dazu, für mich zu denken und zu handeln? Die Grenzen, innerhalb deren der Bürger für seinen Staat denkt und handelt, sind seit dem Zeitalter des schottischen Gelehrten und Philosophen viel weiter geworden. Trotzdem kann der Staat, der so viel kann, nicht alles. Es handelt sich ja nicht darum, Bosnien und der Herzegowina eine repräsentative Selbstverwaltung zu geben, welche das Recht über Krieg und Frieden in die Hand eines Provinziallandtages legt. Es handelt sich auch gar nicht darum, Experimente zu machen, welche in konstitutionell bereits erzogenen Ländern am Platze sind. Verfassung ist ein allgemeiner Begriff, hinter dem sich die aller verschiedensten konkreten Gestaltungen denken lassen. Für Bosnien und die Herzegowina ist das Experiment absolut nicht bedenklich, wenn man sich darauf beschränkt, repräsentative Einrichtungen zu schaffen, die vorwiegend den Zweck haben, jenseits der großen Politik Verwaltung und Gesetzgebung für das tägliche Leben nicht ohne Zustimmung der Volksvertreter einzurichten. Warum sollen die Bürger von Bosnien und der Herzegowina nicht darüber befragt werden, welche Institutionen zur Pflege des Handels und zum wirtschaftlichen Aufschwunge nötig sind? Warum soll ihnen nicht ein Wortum bei jenem Teil der Gesetzgebung eingeräumt werden, der unmittelbar mit der ökonomischen Arbeit zusammenhängt? Bosnien und die Herzegowina haben ihre eigenen lokalen Interessen, ihre eigenen Motive in der Eisenbahnpolitik und eine geographische Lage, welche selbständige wirtschaftliche Folgen auslöst. In allen diesen Fragen reicht die Bureaucratie erfahrungsgemäß nicht aus, und eine der Entwicklung des Landes sowie dem gegenwärtigen politischen Zustande angepaßte konstitutionelle Repräsentanz, etwa nach dem Muster unserer Landtage, würde eine Quelle von tausendfachen, wertvollen Informationen für die Beamten und die Regierung sein. Die Hauptsache jedoch ist das Bedürfnis nach einer Tribüne, wo mit vollständiger Immunität jeder das Recht hat, seine Klagen vorzubringen, seine Beschwerden zu begründen, die Bedürfnisse des Volkes nachzuweisen und vernünftiglich zu machen. Auf dem konstitutionellen Boden hat sich noch überall die praktische Möglichkeit am deutlichsten gezeigt.

Dort stoßen die Parteien auseinander, und die ausführbare Politik ist doch nur die Resultierende ihrer gegenseitigen Forderungen und ihrer gegenseitigen Nebenbuhlerschaft. Oesterreich-Ungarn hat die Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina schon dreißig Jahre lang geführt. Dabei wurde ein großes Stück Arbeit geleistet, Rechtssicherheit geboten, der Verkehr durch ein Eisenbahnnetz und ein Eisenbahntarif unterstützt und die Verwaltung auf europäische Grundlagen gestellt. Bosnien und die Herzegowina haben sich seit dreißig Jahren gleichsam in einer politischen Gehirne befunden und sind aus einer Barbarei von Jahrhunderten der Zivilisation nähergerückt. Jetzt wollen sie innerhalb vernünftiger Möglichkeit und praktischer Grenzen auf eigenen Füßen stehen und sich selbst forschselben und fortbewegen. Die österreichische Verwaltung sollte nunmehr, nach solchen Erfolgen und nach dieser Erziehung, das Selbstvertrauen haben, daß sie Rechenschaft geben darf über die Einnahmen und über die Ausgaben, über alle budgetären Verhältnisse, über ihre Verfahrspolitik, über die Reinheit ihrer Verwaltung und über die Integrität ihres Personals. Sie braucht eine solche repräsentative Selbstverwaltung nicht zu scheuen, sondern wird die Möglichkeit benötigen, in vollen Evidenzen mit ihr zu wirken. Der Aberglaube wird jedoch gestört werden, daß die Bevölkerung von Bosnien und der Herzegowina nicht in der Lage sei, ihre eigenen Wünsche in die Öffentlichkeit zu bringen und für sich selbst zu sorgen. Jedes Volk ist reif genug, um mitzusprechen über die Verwendung seiner Einnahmen und über die Zweckmäßigkeit seiner Ausgaben, über die natürliche Richtung der Steuerpolitik und die gerechte Verteilung der Lasten. Es mag ja sein, daß zeitweise der junge Wein auch schäumen wird, aber die Erfahrung zeigt, daß schließlich die zwingenden Bedürfnisse des Volkes zu einer ruhigen Auffassung nötigen, und die junge Geschiede unserer Landtage, die ebenfalls ihre Kräfte durchgemacht haben, beweist, wie ersprießlich und nützlich die eigenmächtige Mischung von legislativer Gewalt und administrativen Pflichten in solchen Verwaltungskörpern ist, wie es unsere Kronlandsvertretungen sind. Das Wort des Vizebürgermeisters von Sarajewo wird demnach nicht spurlos verhallen. Es ist ein neuer Beweis dafür, daß die gemeinsame Regierung die Frage einer repräsentativen Selbstverwaltung in den Okkupationsländern nicht von ihrer Erwägung ausschließt und möglicherweise schon in den nächsten Delegationen darüber nähere Mitteilung machen wird. Wenn das nicht der Fall wäre, würde der Vizebürgermeister von Sarajewo nicht bei diesem Anlasse, an dieser Stelle und vor dem obersten Chef der Landesverwaltung den Ruf nach einer Verfassung erhoben haben. Das ist ein neues Zeichen, daß diese Frage der Verwirklichung wieder um einen Schritt nähergerückt ist.

Die 45. Fortsetzung des Romans „Von Ehe und Liebe“ von Frieda Frein v. Bülow befindet sich auf Seite 16.

Feuilleton.

Levico.

Von Hermann Schr.

Seltam war es, wie wir in aller Früh vom Lido wichen. Noch hatte sich der Tag nicht ausgereckt, noch hing auf dem Meer der Ernst der bängigen Nacht nach, die Freude war noch nicht erwacht. Seltam, einmal Venedig im ersten Nebel zu sehen, ein anderes, dumpf schlafendes, sprachloses, in Säuleiern verstoffenes Venedig. Seltam, wie das Licht den Dingen ihr ganzes Wesen geben oder nehmen kann. Und so glitt uns die sonst so bunt glänzende Stadt diesmal wie ein fahles Gespenst vorbei. Erst als der ätzende Dampfer in den großen Kanal bog, schlug plötzlich die Sonne auf uns ein, Farben sprangen auf, rot brach der laute Tag vor, und von den Händlern der Pescheria stieg jetzt ein Branden und ein Brausen her, wie ein ungeheurer jauchzender und flatternder Gruß an den jungen Morgen. Bis Trient hat man das Gefühl, immer noch in Italien zu sein. Und hier, gleich an der Station, ragt noch der Dante auf, schwarz nach Norden drohend. Dann aber, kaum in der Keinen Bahn nach der Bassugana, feierten wir ein zärtliches Wiedersehen mit Oesterreich. Es bestand aus einem General und einer Wiese. So ein lieber, netter, alter General war's, den Wasserrod freundlich aufgekündigt, daß man ein unendlich beruhigendes Jägerhemd sah, und einen Spazierstock in der schon etwas mühsamen Hand und mit einem so friedliebenden, zutraulichen, guten Gesicht, überhaupt in allem so das Gegenteil von martialisch, daß man gleich aller Sorgen los war! Und wünschend: Ach, wären doch überall die Generale so! Und dann, bei Pergine, kam das Zweite: eine Wiese, wie es auch nur in Oesterreich gibt, mit fröhlich gackernden Rankenfeln und den großen nickenden Glockenblumen,

die man förmlich läuten zu hören glaubt, und langen, stillen, nachdenklichen Gräsern, so eine wohlgestützte, kreuzbrave, biedermeiernde Wiese, bei der einem unwillkürlich Altausse einfällt, und unwillkürlich sieht man sich nach einem pensionierten Minister um, weil der doch eigentlich zu einer solchen Wiese dazu gehört; die Hände mit Amtlichkeit auf dem Rücken. Den ganzen See von Caldonazzo hin blieb mir dies Gefühl: in einem altösterreichischen Tal zu sein. Aber, freilich, die Berge sind anders, auf ihnen liegt der Ruf des Südens. Und dann, hier, rings um Levico, sind Weingärten überall, o diese Weingärten zwischen Mauern! mit weißlich-blauen Blättern starrend, und Kürbis steckt am Rande seinen gelben Kopf durch, aber drinnen wird's immer dichter und immer enger und immer dunkler, Schwirren ist dort, ein Zittern steht in der Luft, Wildnis wuchert, der Pfad verliert sich, Geheimnis scheint überall zu lauern, Verschlossenes droht, Verbotenes lockt, langsam beugt der Wind sich nieder und lauscht dann, mit leisen Fingern streichelnd, doch plötzlich, als hätte der Wein Angst, sich zu verraten, rascheln die Neben und schütteln den hochpenden Wind ab, und dann ist wieder nur das tiefe heiße Schweigen, weithin — o diese verworren träumenden atemlosen verunsicherten Weingärten zwischen Mauern! Und Mais, Maulbeeren, echte Kastanien; dazu die Häuser aus Stein, italienisch sorglos gehalten, mehr malerisch als wirtschaftlich, rings auf Latten Futter, Holz, Stroh gehäuft; und vom Brunnen tragen die Frauen auf der Schulter die Stangen mit den kupfernen Eimern heim, nach uraltem südlichen Brauch. Und südlich weht die Luft, und südlich glänzt die Nacht, und wie eine Verheißung schwebt's überall und winkt und zieht uns hin: Dort über den Bergen ist ein Land, das heißt Italia! Also, ein liebes österreichisches Tal, dem das Herz von italienischen Ahnungen klopt, oder, wenn man will, ein venezianischer Garten, dem der strenge Norden in den Nacken schaut; das ist der unsägliche Reiz dieser einzigen Bassugana. Und nirgends spürt man es bei jedem Schritte mehr als hier, wie sinnlos, albern und wider die Natur der lang geschürte Haß zwischen diesen beiden Völkern

ist, die nur einmal mit offenen Augen jedes seinen Vorteil erkennen, jedes seinen angeborenen Instinkten gefolgt müßten, um einander zu lieben. Wer im geringsten deutscher Art mächtig ist, weiß, daß sie sich lateinischer Erinnerungen nie mehr enttöbhen kann. Dächte man, sie von ihr abzulösen, wie würde sie verarmen! Ja, von den besten Deutschen kann man sagen, daß keiner je zu vollkommener Bildung gebiechen ist, ohne den wärmeren, ruhiger südlicher Seiten vernommen zu haben. Es ist, als'ginge dem Deutschen sein eigener Sinn erst auf, wenn er über die Alpen hinab kommt. Deutsche Wissenschaft, deutsche Kunst, deutscher Geist sind ohne Italien nicht zu denken, und die deutsche Sehnsucht schaut immer nach Süden. Gar aber uns in Oesterreich ist welches Wesen eingefleischt, und wenn wir uns rühmen, anmutiger, beweglicher, freudiger als die übrigen Deutschen und von einer geistigen Freiheit zu sein, die ihnen fehlt, so wollen wir nicht vergessen, woher uns dies kommt. In unseren deutschesten Städten, in Innsbruck, Salzburg, Graz, sitzt der Nachglanz welcher Meister auf allen Dächern, von ihnen ist uns der schönste Reiz unserer Baukunst geliehen, ihre Sonne scheint in die Wiener Musik, noch bis in die melancholisch lufttänzenden Berse der jüngsten Dichter herein. Doch sei dies gar nicht als ein Kompliment an Italien gemeint, das ja nun seinerseits eben so viel von uns nimmt, als es uns gibt: bis tief nach Sizilien reichen die Spuren deutscher Arbeit hinab, und wenn der lateinischste Dichter dieser Zeit, d'Annunzio, versuchen würde, von sich abzuweichen, was er Deutsches in sich trägt, was bliebe denn, da doch weder sein Begriff eines ins Heroische gesteigerten Lebens noch der einer die Lateiner ermannenden Kunst ohne Wagner, Nietzsche, Burckhardt möglich wären? Ein mittlerer Deutscher irgend einer Klasse und ein mittlerer Welcher, derselben stellen heute die gleiche geistige Formation dar, es wandelt sie nur jeder anders für sich ab; und gewiß sind sich ein Kaufmann aus Stettin und einer aus Bari geistig und gemüthlich näher als es jener einem pommerischen Bauern, dieser einem neapolitanischen Arbeiter ist. Warum also haben wir? Weil wir ge-

Der Kampf um den serbischen Handelsvertrag.

Wien, 20. August.

Die Verhandlungen der Regierung mit den Agrariern scheinen noch nicht zum vollen Abschlusse gekommen zu sein. Daraus erklärt sich die Tatsache, daß die gesamte österreichische Industrie trotz der dringlichen Petition der niederösterreichischen Handelskammer, der Brüner Handelskammer und des Niederösterreichischen Gewerbevereines und trotz der zahlreichen Anfragen angesehener Firmen, die an dem Handel mit Serbien hervorragend interessiert sind, nicht durchzusetzen vermochte, daß ihr der genaue Termin für die Inkraftsetzung des Uebereinkommens mitgeteilt werde. Darüber besteht noch immer die vollste Unsicherheit. Dieser seltsame Zustand steigert die Erregung in der Industrie und in den wirtschaftlichen Korporationen und ist ein klares Zeichen von der beängstigenden Macht und dem erdrückenden Einflusse, den die Agrarier in Oesterreich erreicht haben. Der Wunsch der Industrie, daß die Inkraftsetzung des Handelsvertrages beschleunigt werde, und das gewiß maßvolle Verlangen, auch nur den Tag oder das beiläufige Datum der Ausführung des Vertrages zu erfahren, können nicht berücksichtigt werden, weil die Agrarier ihre volle Zustimmung bisher nicht gegeben haben. Man hofft, daß sie das tun werden; aber solange sie ihr Jawort nicht ausgesprochen haben, muß diese Spannung in der gesamten österreichischen Industrie, welche einen so enormen Teil der Staatslasten zu tragen hat, fortdauern und der Handel mit Serbien in voller Ungewissheit bleiben.

Aus Budapest erhalten wir eine Meldung, die für den gegenwärtigen Zustand dieser Frage von großer Wichtigkeit ist. Die ungarische Regierung hat den Standpunkt eingenommen, daß sie mit Rücksicht auf die Politik der Gesamtmonarchie sich dem Wunsche des Ministers des Aeußern anschliesse und ihrerseits, obwohl es in Ungarn an Agrariern sicherlich nicht fehlt, sich der sofortigen Inkraftsetzung des serbischen Handelsvertrages nicht widersetze. Die ungarische Regierung hat jedoch das Zugeständnis gemacht, der österreichischen Regierung die Möglichkeit zu geben, sich mit ihren agrarischen Parteien im Parlament über den serbischen Handelsvertrag zu verhandeln. Das ist offenbar der wahre Grund für die eigentümliche Tatsache, daß niemand den Termin für den Beginn der Geltung des serbischen Handelsvertrages anzugeben vermag. Dieser Termin ist eben von der Verständigung des österreichischen Ministeriums mit den Agrariern abhängig. Er wird sonach bekanntgegeben werden, wenn die Agrarier gewonnen sind und die österreichische Regierung die parlamentarischen Folgen eines gegen den Willen dieser Partei unternommenen Schrittes auf handelspolitischem Gebiete nicht mehr zu fürchten hat. Dann wird sie geneigt sein, von dem Ermächtigungsgesetze Gebrauch zu machen, und dann wird voraussichtlich die österreichische Regierung mit der ungarischen Regierung neuerdings in Fühlung treten, um die weiteren Modalitäten festzustellen.

Der Schwerpunkt der Situation liegt somit in der agrarischen Politik, in dem Willen einer Partei, die politisch viel mächtiger ist als die gesamte Industrie, von der der Staat eigentlich vorwiegend steuerpolitisch lebt. Das ist ein beschämender Zustand, und das um so mehr, als nicht bloß die Industrie, sondern auch die äußere Politik der Gesamtmonarchie von der Zustimmung der Agrarier abhängt. Vermutlich wird diese schließlich zu erreichen sein. Aber der Zwischenfall bleibt dennoch charakteristisch für die ganz außerordentlichen Schwierigkeiten, mit denen das gegenwärtige System fortwährend zu kämpfen hat.

Eingabe des Niederösterreichischen Gewerbevereines an die Regierung.

Der Niederösterreichische Gewerbeverein hat an den Ministerpräsidenten und den Handelsminister folgende

eingabe, betreffend die Inkraftsetzung des Handelsvertrages mit Serbien, gerichtet:

Die niederösterreichische Handels- und Gewerbe-kammer hat in einer wohlmotivierten Eingabe vom 19. d. die hohe Regierung ersucht, den mit dem Königreiche Sachsen vereinbarten Handelsvertrag, nachdem er nunmehr die Genehmigung des serbischen Parlaments erlangt hat, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 30. Dezember 1907, also wenigstens vorläufig mit der Wirkung bis zum Ende dieses Jahres, ehestens in Kraft zu setzen. Die Kammer ersuchte, wie andere Korporationen, so auch den ergebenst unterzeichneten Niederösterreichischen Gewerbeverein, diesen Schritt bei der hohen Regierung zu unterstützen. Der Gewerbeverein hat seit jeher auf das Zustandekommen gerade dieses Handelsvertrages hingewirkt und in durchaus sachlicher Weise die Argumente zu widerlegen versucht, welche von der organisierten Landwirtschaft gegen diesen Vertrag und nunmehr auch gegen die Inkraftsetzung desselben geltend gemacht werden. Es muß daran erinnert werden, daß der Vertrag ohnehin schon ein Kompromiß zwischen den Forderungen der österreichischen Industrie und des österreichischen Exportes einerseits und den Wünschen der österreichischen Landwirtschaft andererseits darstellt und daß man daher, wenn dieser Vertrag zu stande kommt, nicht mehr von der Verletzung der Interessen des einen oder des anderen Teils sprechen darf.

Objektive Beurteiler des Vertrages müssen sich sogar sagen, daß in diesem Kompromiß die landwirtschaftlichen Interessen weit mehr berücksichtigt wurden als die industriellen und Exportinteressen und daß unter dem Regime des neuen Vertrages wichtige Exportindustrien Oesterreichs mit höheren Zöllen nach Serbien werden rechnen müssen als früher, daß andererseits die Einfuhr serbischer landwirtschaftlicher Produkte nach Oesterreich zum Teil wesentlich erschwert, zum Teil an viel schwierigeren Bedingungen als früher geknüpft wurde. Das hierunter auch die Approvisionierung der Städte und Industrieorte leiden wird, wurde ja schon oft erwähnt. Zudem kommt, daß nunmehr, falls der Vertrag nicht jetzt in Kraft treten sollte, sondern erst dem Parlamente im November vorgelegt würde, die äußerst günstigen Chancen der Herbst-, ja vielleicht sogar der Frühjahrsaison in Serbien für unsere Geschäftswelt verloren gingen und daß die sehr energische und rührig einsetzende ausländische Konkurrenz noch weitere und vielleicht entscheidende Erfolge auf dem serbischen Markte gegen unsere Interessen erringen könnte.

Ein weiteres Argument für die Inkraftsetzung des Vertrages ist wohl die notorische Tatsache, daß auch die königlich-ungarische Regierung, obwohl bekanntlich in Ungarn die agrarischen Interessen für die allgemeine volkswirtschaftlichen Interessen weit ausschlaggebender sind als in Oesterreich, gegen die Inkraftsetzung des Vertrages keine Bedenken erhebt. Wir gestatten uns, auch ferner darauf hinzuweisen, daß die hohe Regierung im Parlament gewiß die Unterstützung aller industriellen und gewerblichen Abgeordneten, ferner aller Vertreter der Städte und Arbeiterklassen finden wird und daß die industriellen, gewerblichen und kaufmännischen Organisationen mit dem allergrößten Nachdruck diesen Schritt der hohen Regierung zu verteidigen bestrebt sein werden. Schließlich müssen wir, wie dies ja auch die Handelskammer tut, auf die wahrscheinlich sehr ungünstigen Wirkungen hinweisen, die ein Hinausschieben der Wirksamkeit des Vertrages auf unsere politischen Interessen in Serbien und auf dem Balkan überhaupt über würde. Wir bitten daher Eure Excellenz, im vitalen Interesse der österreichischen Industrie und des österreichischen Handels, den Handelsvertrag mit Serbien auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 30. Dezember 1907 ehestens in Kraft zu setzen. Genehmigen Eure Excellenz den Aus-

druck unserer vorzüglichsten Hochachtung, womit wir die Etre haben, zu zeichnen

Niederösterreichischer Gewerbeverein
Der Präsident: Emil Brexler m. p.
Der erste Sekretär: Dr. Rudolf Kobatsch m. p.

Rundgebung der Brüner Handelskammer.

Brünn, 20. August.

Mit Rücksicht auf die großen Nachteile, die der gesamten österreichischen Industrie und insbesondere auch den Brüner Textilfabriken aus einer weiteren Verzögerung des Inkrafttretens des serbischen Handelsvertrages notwendig erwachsen müßten, hat sich die Brüner Handels- und Gewerbe-kammer in einer dringenden Eingabe an die Regierung gewendet, in welcher für die sofortige Durchführung des serbischen Handelsvertrages auf das nachdrücklichste eingetreten wird.

Der Standpunkt der ungarischen Regierung.

(Telegramm der „Armen Pressen Presse“.)

Budapest, 20. August.

In hiesigen politischen Kreisen verursacht die Angelegenheit des serbischen Handelsvertrages keine Beunruhigung. Die ungarische Regierung ist in der Lage, diesen Vertrag provisorisch für die Dauer des laufenden Jahres auf Grund des Ermächtigungsgesetzes in Kraft treten zu lassen. Dieses Provisorium müßte dann natürlich im Laufe der Herbstsession durch das Parlament auf normalem verfassungsmäßigen Wege in einen ratifizierten Handelsvertrag umgewandelt werden. Auch ist man in ungarischen wirtschaftlichen Kreisen davon überzeugt, daß die kompetenten Faktoren im Laufe der langwierigen und mit schwerer Mühe durchgeführten Verhandlungen die wirtschaftlichen Interessen des Landes gewahrt und daß unsere Unterhändler das erreichbare Maß der Vorteile auch erlangt haben. Demzufolge besteht von seiten Ungarns gegen die Inkraftsetzung des serbischen Handelsvertrages weder ein staatsrechtliches noch ein wirtschaftspolitisches Hindernis, und es ist als gewiß anzunehmen, daß seitens der ungarischen Regierung gegen die Inkraftsetzung des Handelsvertrages kein Einspruch erhoben werden dürfte.

Wenn nun in ungarischen leitenden Kreisen einerseits dieser Auffassung Ausdruck verliehen wurde, ist man in diesen Kreisen andererseits gern bereit, der allem Anscheine nach abweichenden Lage in Oesterreich Rechnung zu tragen und bezüglich des Termins der Inkraftsetzung des serbischen Handelsvertrages zu geeigneter Zeit mit der österreichischen Regierung abermals in Fühlung zu treten.

Die Richterernennungen in Böhmen.

Vom Bürgermeister Dr. Reiniger.

Marienbad, 20. August.

Durch die Richterernennungen in Böhmen wird endlich eine Angelegenheit in Fluß gebracht, deren Lösung von den Deutschen Böhmens aller Parteilichungen längst mit Ungebuld erwartet wurde. Bedauerlicherweise bedeuten die Richterernennungen aber keineswegs den Abschluß dieser Affaire, sondern erledigen die ganze Frage nur teilweise. Es scheint, daß man sich entschlossen hat, vorläufig wenigstens, die Besetzung jener Stellen vorzunehmen, für welche eine Einigung erzielt wurde, weil es sich hierbei in der Tat um Besetzungen handelt, die bei der Bevölkerung auf einen besonderen Widerstand nicht stoßen können. Denn sie ändern an dem gegenwärtigen Bestande der beiden Nationen nichts wesentliches. Neu ist das Austunfts-mittel, erlebte Bezirksrichterstellen im deutschen Sprachgebiete im Ueberjegungswege zu besetzen, wodurch es möglich wurde, die Besetzungen vorzunehmen, ohne

gesehen war. Aber die Hunde, die offenbar heidnisch geblieben waren, sah man, wenn sie sich irgend im Gemüt oder an der Haut geizt fühlten, stugs nach dem Berge rennen, um sich in der Höhle dort abzuwaschen. Allgemach entschlossen sich denn auch etliche Menschen dazu, die erfahren haben mochten, daß der Mensch gut tut, seinem Hunde mehr als dem eigenen Verstand zu trauen. Sie hatten es nicht zu bereuen, auch sie genasen von allerhand Zuckern, die Stunde ging herum, und so fing dort gar bald ein lustiges „Bauernbadl“ an, wie mit solchen Tirol noch heute in vielen Tälern gesegnet ist. Das hielt an, bis ein neues Zeitalter kam, in welchem nun plötzlich die Wissenschaft sich unter die menschlichen Dinge glorreich einzumischen begann. Und in Trient war ein solcher Mann der Wissenschaft und geprüfter Arzt, der nahm das Wasser von Levico kritisch vor, und richtig, da wies es sich, daß darin bei Kupfer und Eisen, die für unschuldig gelten mochten, auch Arsenik war, ein höchst schlimmes und menschenfeindliches Gift, weshalb denn nun über Antrag des tridentinischen Weisen sogleich von der Obrigkeit das Bad geschlossen und verboten wurde. Doch hat die Wissenschaft dann wieder das Gute, daß sie ja nach ein paar Jahren alles immer wieder anders und umgekehrt weiß; sie dreht sich wie ein Rad, oben wird unten, und so kam sie drauf, daß dieses Gift vielmehr dem Menschen gut gestimmt und vieles heilend ist, und was verboten war, wurde nun wieder erlaubt, und schließlich behielten halt die Hunde doch Recht. Aber diese ärztliche Hundegeschichte, die wirklich klingt, als ob sie der Hofrat Burchard erfunden hätte (doch steht sie schon in einem Büchle erzählt, das vor fünf- unddreißig Jahren der Dr. Joseph Pachet, ein Arzt aus dem nahen Roncegno geschrieben hat; ich fand sie in den „Herbsttagen“ von Ludwig Steub), sie hat noch eine recht österreichische Fortsetzung. Als nämlich nun der Segen dieser Quellen sich immer reichlicher bewies und aus allen Welten immer mehr Menschen kamen und

hebt werden. Weil es immer die List der Nachhader in allen Ländern war, die Kraft ihrer Völker gegen imaginäre Feinde aufzuregen, um sie von ihrem eigenen Sinn, ihren eigenen Sorgen abzulenken. Weil die Nachhader fürchten, sonst selbst von dieser Kraft getroffen zu werden. O liebe, tapfere, rastlose Bertr. v. Suttner! So schön ist das wieder gemeint, Ihr Schreiben an den italienischen König! Wieder einmal verlauten Sie, was Tausende verschwiegen bei sich hegen! Doch geschieht Ihnen wieder, was mir die heimliche Ironie Ihres ganzen Lebens scheint: daß Sie immer das Rechte suchen, aber immer auf falschen Wegen. Niemand hat wie Sie mit solcher Leidenschaft erkannt, was das Grundgefühl dieser neuen Zeit ist: es nicht mehr ertragen zu können, daß ein Mensch einem anderen Menschen Gewalt antun darf in irgend einer Form. Der Mut, das Vertrauen, die Seligkeit, mit welchen Sie sich dieser Empfindung, die allein uns erst würdig macht, Menschen zu heißen, seit so vielen Jahren ergeben haben, sollen Ihnen niemals vergessen werden. Aber welch ein merkwürdiger Einfall, um das Unrecht der Gewalt aufzuheben, sich an diejenigen zu wenden, die von diesem Unrecht, durch dieses Unrecht leben! Welch ein Einfall, Minister und Generale für einen Plan einzuspannen, der sie brotlos macht, wenn er glückt! Natürlich setzt sich das mit Ihnen hin und begeistert sich auf dem Papier und dankt Ihnen und feiert Sie und ist gerührt und fährt dann heim und wirft Hervé oder Liebknecht in den Kerker, wo Sie auch schon längst wären, hätten Sie sich mit Ihren Gedanken jemals an einen gewendeten, der damit Ernst machen könnte. Mir tut's leid, wie Sie Ihre wunderbare Kraft vergeuden und mit Ihrer starken hellen Stimme immer nur ins Leere hin verhallen. Was denken Sie denn, daß Ihnen jetzt der König antworten kann? Glauben Sie denn, wenn wirklich ein Haß zwischen diesen beiden Völkern wäre, irgend ein König der Welt hätte die Macht, ihren Krieg zu

hindern? Und glauben Sie denn, daß es heute noch irgendwo in Europa einen König gibt, der einen Krieg führen könnte, den sein Volk nicht will? Warum gehen Sie nun wieder an die falsche Adresse? Diese „Verständigung“ von Italien und Oesterreich wollen wir alle. Sie ist innerlich längst da. Sie muß sich nur endlich auch einmal nach außen kehren. Nur denken Sie doch um Gotteswillen nicht, daß dies „auf diplomatischem Wege“ geht. Die Diplomaten und die hinter den Diplomaten stehen, sind es doch allein, die den Haß wollen, weil sie ihn brauchen. Aber was kümmern uns die Diplomaten? Italien ist frei, und unser neues Oesterreich geht daran, frei zu werden, und dann wird es nicht mehr der Wille der Diplomaten, sondern der Wille der Völker sein, der geschieht. Zu diesen müssen Sie darum sprechen, und wenn Sie wollen, daß die „Verständigung“, die geistig, haben und drüben, längst vollendet ist, nun auch endlich sichtbar und wirksam werde, dann trachten Sie, daß aus beiden Ländern Männer, zu welchen das Volk Vertrauen hat, die Führer der Arbeit, der Wissenschaft und der Kunst, einmal irgendwo zusammenkommen und sich Rede stehen und die Klagen hören, die eins gegen das andere hat, bis dann so die alten, hundertjährigen Lügen alle zerreißen und zerfallen werden und der Deutsche mit dem Welschen sich in derselben Eintracht beistimmen können wird wie hier unter meinem Balkon der fremde Kocher mit unserer lieben heimischen Wiese. Etwas in dieser Art müssen Sie einmal tun, weil man Sie dann erst so gern haben kann, wie es Ihnen eigentlich doch gebührt.

Lustig ist, was von der Entdeckung dieser wunderwirkenden Quellen erzählt wird, die hier jetzt unsere hingefunkelten Nerven heilen. Also, zuerst war da in alten Jahren eine Grotte im Glimmer, aus der im Grunde Wasser quoll. Die Menschen mieden sie. Wie denn in der guten frommen Zeit alles Natürliche für Teufelswerk an-

Duende von ezechischen Anwärtern zu überbringen. Gewonnen ist allerdings für die Deutschen mit dieser Maßregel nichts, da durch die Uebersetzungen genau so viele deutsche Richterposten wieder in Erledigung gekommen sind, als zu besetzen waren. Man darf daher mit Sicherheit annehmen, daß die deutsche Bevölkerung dieser neuen Methode wenig Geschmack abgewinnen wird.

Nicht gebilligt kann auch die Befehung der Ratsstellen beim Prager Oberlandesgerichte werden; denn bei diesem Gerichtshofe ist die Vertretung des deutschen Elements schon lange eine völlig unzureichende, und man kann es daher nicht akzeptieren, daß von den drei erledigten Ratsstellen wieder zwei den Czechen überantwortet würden. Jedenfalls beweist der Vorgang wieder, wie unumgänglich notwendig das Institut des deutschen Landmannministeriums ist; denn niemand wird daran zweifeln, daß, wenn dieses Fortesuisse nicht besetzt gewesen wäre, es nach den Vorgängen des heutigen Sommers hätte leicht geschehen können, daß die Deutschen bei den jetzigen Richterernennungen schlechter abgeschnitten hätten, als es der Fall ist. Gefüllt ist mit den vorliegenden Ernennungen das deutsche Versprechen, welches der Ministerpräsident den deutschen Parteien vor der Zurückziehung der Dringlichkeitsanträge bezüglich der Lösung dieser Frage gegeben hat, allerdings, wie oben bereits hervorgehoben wurde, nur zu einem sehr geringen Teile. Die deutschen Politiker werden um so mehr darauf bestehen müssen, daß auch die noch ausstehenden Ernennungen nicht nur bald und jedenfalls noch vor dem Herbst, sondern mit voller Berücksichtigung der deutschen Wünsche, der deutschen Forderungen vollzogen werden.

Ein Appell der Bosnier an den Kaiser.

Wien, 20. August.

Anlässlich des kaiserlichen Geburtstages versammelten sich die Vereine der Landeshauptstadt Bosnien zu einem Guldigungsfeierfest, der sich in den Royal Sarajewos zum Landeschef und Korpskommandanten begab, wo Vizebürgermeister Dr. Mandić eine Ansprache hielt, die in eine Bitte an die Krone um Gewährung einer Verfassung für Bosnien und Feststellung des staatsrechtlichen Verhältnisses der Provinz zur Monarchie ausklang. Diese Guldigungsansprache lautete:

Eure Excellenz!

Millionen Untertanen der verschiedensten Religionen, Nationalitäten, Stände und Berufe stehen in der Monarchie das Jubeljahr ihres erhabenen Souveräns als ein Fest der Völker, sich gegenseitig überdiend, ihrer Begeisterung und dem aufrichtigsten Patriotismus je mehr manifestierenden Ausdruck zu verleihen.

Kaum können die Völker der Monarchie den kaiserlichen Geburtstag erwarten als den feierlichsten Moment des Jubeljahres, damit sich die gemeinsame Jubelhymne emporschwingen zum Throne des Allmächtigen und sich vereinigen mit ihren heißen Gebeten für die geliebte Person ihres allernächsten Herrschers.

Die Wohlklänge dieses Hoheliedes widerhallen in der gesamten Kulturwelt, während der Zauber seiner Harmonie Herz und Seele jedes österröichischen und ungarischen Untertans vibrieren läßt. Und der Akkord dieses Wehneliedes fand auch seinen Widerhall im Herzen Bosniens und der Herzegovina, der schönen Hauptstadt Sarajewo. Die Hymne ries uns zusammen, uns alle, die wir dynastisch und patriotisch fühlen, damit wir, obwohl die Armenen und Schwachen, als das jüngste Schöpfkind der kaiserlichen Gnade in den ersten Reigen dieses grandiosen Jubelreigens würdig vertreten werden.

Wir erwarten von den alten Anführern der großen Monarchie, daß sie Bosnien diese keine Unbescheidenheit, mit ihnen in der Dankbarkeit und unterwürfigsten Ergebenheit wettzueifern, vergeben werden, sich erinnernd jener historischen Momente und Beziehungen, welche Bosnien und die Herzegovina mit dem Throne des glorreichen Geschlechtes der Habsburger unterhalten hat.

der Ruf hinaus drang und das alte Rathaus die Kranken nicht mehr fassen konnte und die kleine Stadt nicht das Geld hatte, ein neues zu bauen, und niemand im Lande war, es aufzubringen, da fiel es dem österröichischen Staat (der ja jetzt auch wieder Joachimsthal ausländert; o, unsere Verwaltung!) nicht ein und niemandem in Wien fiel es ein und niemandem in Oesterreich, daß hier eine Gelegenheit wäre, eine gute Tat zu tun und ein gutes Geschäft zu machen (was einen doch freuen muß, wenn's einmal so zusammen trifft), sondern es waren Berliner, denen es einfiel. Dieser ganze wunderbare Anstich in dem italienischen Tal, das so was altösterreichisch Liebes hat, mit dem großen neuen Hotel, dem prächtigen Park, den kunstvollen Anlagen für Bäder und Kuren, alles gehört einer Berliner G. m. b. H. (Wie ich ja seit Jahren vorhergesagt, daß sicher einmal eine Berliner G. m. b. H. Dalmatien übernehmen wird; und dann wird's gehen.)

Das Städtchen ist durchaus italienisch. Doch wissen die meisten Deutsch. Aber sie sind sehr dankbar, wenn man die Höflichkeit hat, sie italienisch anzureden. Im Hotel mischen sich Russen und Italiener mit Franzosen, Engländern und Deutschen. Es hat die Ordnung und Ruhe der großen englischen Hotels und etwas von jener wirklichen Eleganz, die es nicht für nötig hält, mit dem Finger auf sich zu zeigen. Und was mir so wohl tut: es wird hier mit der Kur nicht gepözt. Es gibt Bäder, in welchen die Kuren gleichsam wie öffentliche Gebete verrichtet werden und die Nerze sich als die Höfen Priester gebärden. Davon hat nun unser liebenswürdiger Dr. Hiermberger hier höchstens seinen etwas affyrischen Bart. Ueberhaupt eine gute Maske; so muß ein „Frauenarzt“ aussehen. Schöner Mann, aber erstler als der Typus sonst ist, mit einem dunklen Busch von geheimnisvoller Strenge, die die Frauen leise beben macht. Und darin steckt dann doch ein sehr tüchtiger, erfahrener und gewissenhafter Arzt, von Selbstaufmerksamkeit in vielen Dingen, der vor allem weiß, was Kranke am nötigsten haben: einen guten Freund.

Es ist dies derselbe a. h. Thron, zu welchem unser schmergeprübtes Volk durch vierhundert Jahre seine Bitten mit flehenden Bitten emporgerichtet hat, man möge auch ihm den Zugang zu den angrenzenden Kulturvölkern gemähren. Es ist dieselbe strahlende Krone, die vor 30 Jahren dieses Volksgebet erhört und am 18. August 1878, als am Geburtstages ihres erhabenen Trägers, durch seine heldenmütigen Heerschaaren das stolze und ruhmreiche Banner der Habsburger auf der Festungszinnen Sarajewos gehißt und dem Volke die Friedenspalme gebracht hat.

Es ist daselbe Szepter, von welchem vor drei Dezennien nach Däfer überwölften vier Jahrhunderten das Licht der Freiheit zurückstrahlte und diesen Ländern die Bedingungen der Kultur und des segensreichen Fortschrittes geschaffen hat. Daher hat Bosnien und die Herzegovina als die jüngste Teilhaberin an der a. h. Gnade neben anderen Völkern noch besondere Gründe, die große Volksfeier des 60. Jubiläumsjahres der kaiserlichen Regierung und des a. h. Geburtstages auf eine besondere Weise zu begehen und zur Manifestation dieses Feiertages ihrer Hauptstadt das beste Festkleid anzulegen. Juden aber ist dieser Feiertag noch eine besondere Seltenheit der Vorsehung.

Nachdem der Redner die Tugenden des Monarchen in schönwörterlicher Weise gepriesen hatte, fuhr er fort: „All die Reflexionen ergreifen unsere Seele in dem Moment, in dem wir die Ehre der gesamten patriotischen Bevölkerung Bosniens und der Herzegovina dem Festesreigen der Völker unserer Monarchie uns beigesellen, um in ihrer Gemeinschaft vor den Stufen des a. h. Thrones Sr. Apostolischen Majestät unsere Herzen voll unigsteter Kindesliebe, Dankbarkeit, unumwandelbarer Treue und unterwürfigster Ehrerbietung niederzulegen.“

Wir kommen nun, Eure Excellenz zu bitten, Sie mögen der Interpret dieser Gefühle der aufrichtigsten Loyalität beim a. h. Throne und der gütigen Beantworter sein unserer tiefsten, an die kaiserliche Gnade gerichteten Bitte: „Den unaussprechbaren, rechtlichen und sachlichen Banden, welche diese Provinzen seit dreißig Jahren mit der Monarchie innig verknüpfen, steht bald eine völlig ausgeprägte Form in staatsrechtlicher Beziehung dieser Provinzen zu der österröichisch-ungarischen Monarchie zu verleihen und auf dieser Grundlage das Volk dieser Länder der staatlichen Institutionen des modernen Verfassungslebens, für welches die Volkseele ihre Reife fühlt, teilhaftig zu machen.“

Und so fordere ich alle anwesenden Korporationen verschiedener Konfession, Nationalität, Berufes und Standes zu dem einmütigen Rufe auf: „Der Allmächtige erhalte unsern allernächsten Kaiser, König und Herrn Franz Josef I. zum Heile und Ruhme aller seiner Völker bis zu den äußersten Grenzen des menschlichen Lebens!“

Auf diese Ansprache erwiderte der Landeschef und Korpskommandant FML. v. Winzör:

Ich nehme die Ansprache, die Sie an mich gerichtet haben, dankend zur Kenntnis und werde nicht ermangeln, Se. Majestät von der patriotischen Haltung der Vereine und der ganzen Bevölkerung der Stadt Sarajewo in Kenntnis zu setzen. Auch ich stimme in den Ruf ein: „Se. Majestät der Kaiser und König Franz Josef I. lebe hoch, Zwio, hoch!“

Ich danke dem Herrn Vizebürgermeister Dr. Mandić, ich danke allen Herren Vereinspräsidenten und Anwesenden.

Bevorstehende Ankunft Tittonis in Salzburg.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Salzburg, 20. August.

Minister Tittoni hat sich für Anfang der nächsten Woche zu einem mehrtägigen Aufenthalt in Salzburg angekündigt. Der Minister wird im Automobil eintreffen. Der Tag seiner Ankunft ist noch unbestimmt. Herr Tittoni hat sich auch im vorigen Jahre mehrere Tage hier aufgehalten.

Das Verhältnis zwischen England und Deutschland.

Meinertungen des Sekretärs des englischen Schatzkanzlers.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 20. August.

Der Sekretär des englischen Schatzkanzlers Lloyd George möchte einem Spezialkorrespondenten des „Berliner Tageblatt“ in Frankfurt am Main Mitteilungen über die Ansichten Lloyd Georges, betreffend die deutsch-englischen Beziehungen.

Der Sekretär erklärte zunächst, der Minister habe die Absicht gehabt, nach St. Blasien im Schwarzwalde zu fahren, wo sich gegenwärtig Admiral Tirpitz, der Staatssekretär des Reichsmarineamtes, aufhält, doch sei keineswegs eine Zusammenkunft mit Admiral Tirpitz geplant gewesen. Der Ausflug nach St. Blasien unterblieb aber, da im dortigen Kurhause keine Unterkunft zu haben war. Weiter teilte der Sekretär mit, daß Lloyd George in Straßburg und in Frankfurt am Main von den deutschen Behörden bei seiner Absicht, die sozialpolitischen Einrichtungen Deutschlands zu Gunsten der Arbeiter zu studieren, in entgegenkommendster Weise unterstützt wurde. Sodann fuhr der Sekretär fort:

Morgen kommen wir nach Berlin, wo der Minister sich etwa drei Tage, ebenfalls zu Studienzwecken, aufhalten wird. Offizielle Besuche bei politischen Persönlichkeiten, abgesehen von dem beim englischen Botschafter, sind nicht vorgesehen. Es ist selbstverständlich, daß der Schatzkanzler auch auf dieser Reise die von ihm vertretene Sache des Friedens nicht aus den Augen lassen wird und daß seine Mission nicht ohne politische Bedeutung ist. Er ist aber nicht Vizeminister, er ist auch nicht Beauftragter des englischen Kabinetts für Bemühungen in dieser Richtung. So ist es ausgeschlossen, daß er mit Vorschlägen über mündliche Verhandlungen an das deutsche Kabinett herantritt, wohl aber würde Lloyd George willig und nur zu gerne mit den offiziellen Stellen in derartige Unterhandlungen eintreten, wenn diese ihn dazu anregen.“

Auf die Frage, wie sich Lloyd George die von ihm angekündete Verständigung denke, antwortete der Sekretär:

„Deutschland hat eine achtmal so starke Armee wie England, da kann es hinsichtlich der Flotte eine Konzession machen. In England will die breite Masse des Volkes auch nicht den Krieg und seine Gräu. Auch gönnt man Deutschland den berechtigten Besitz einer starken Flotte, aber der Gedanke, daß Deutschland darüber hinaus mit aggressiven Tendenzen mehr im Sinne habe, ist vielen Engländern geläufig und unerträglich. Lloyd-George glaubt jedoch zuversichtlich an die dauernde Erhaltung des Friedens, zumal die kommenden Wahlen, wenigstens sicherlich für das nächste Mal, einen Sieg der Liberalen und damit ein neues Unterpfand der Aufrechterhaltung der bisherigen Friedenspolitik versprechen.“

Mr. Lloyd-George sieht sehr wohl die Möglichkeit einer Verständigung durch eine Konferenz beiderseitiger Staatsdelegierter mit dem Ziele einer Beschränkung der Rüstungen. Der Wille zum Frieden besetzt beide Teile, also müßte sich auch ein Weg finden.“

Der Staatssekretär des Innern, Herr v. Bethmann-Hollweg, der eigens zur Begrüßung Lloyd-Georges von seinem Lande in Berlin eintrifft, gibt morgen abends zu Ehren des englischen Schatzkanzlers ein Diner.

Die Uebernahme des Kongostaates durch Belgien.

Wien, 20. August.

Der Gesandtenwurf, betreffend die Uebernahme des Kongostaates durch Belgien ist heute, nachdem diese Angelegenheit jahrelang die öffentliche Meinung des Landes intensiv beschäftigt hatte, von der Kammer angenommen worden. König Leopold hatte schon im Jahre 1880 testamentarisch verfügt, daß der wenige Jahre vorher von ihm geschaffene Kongostaat nach seinem Tode in den Besitz Belgiens übergehen solle. Große Vorschüsse, die Belgien dem Kongostaat erteilte, die sonstigen Schulden des Kongostaates, dann die Ansprüche des Königs in Bezug auf eine große Privatdomäne innerhalb des Landes und in Bezug auf die Regierung und Verwaltung des Staates, ferner der Anspruch Englands gegen den über die Negere verhängten Arbeitszwang, verwickelten die an sich schon schwierige Arbeit, die Bestimmungen, betreffend die Uebernahme, festzustellen. Mehrmals glaubten die Gegner derselben, hauptsächlich die Sozialisten und Radikalen, daß es ihnen gelingen werde, sie zu verhindern, sie sind nun aber doch von den Anhängern der Annexion überstimmt worden.

Brüssel, 20. August. Die Kammer hat die Zusatzakte und hierauf den Gesandtenwurf, betreffend die Uebernahme des Kongostaates durch Belgien, mit 83 gegen 55 Stimmen bei 9 Stimmenenthaltungen angenommen.

Hierauf wurde das gesamte Kolonialgesetz mit 90 gegen 48 Stimmen bei 7 Stimmenenthaltungen in zweiter Lesung angenommen.

Das neue Regime in der Türkei.

Abberufung des Wiener und Berliner türkischen Botschafters.

Konstantinopel, 20. August.

Die türkischen Blätter bestätigen, daß der Minister des Äußern die Abberufung des Berliner und des Wiener Botschafters sowie des Belgrader Gesandten beantragt habe.

Bernühigende Erklärungen Kiamil Paschas.

Konstantinopel, 20. August.

Großvezier Kiamil Pascha hat in Unterredung mit verschiedenen Diplomaten abermals versichert, daß die Situation sich stetig beruhigt und eine weitere günstige Entwicklung zu erwarten ist.

Die Reformtätigkeit der Ministerien.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 20. August.

Aus Konstantinopel wird dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet: Die Reformtätigkeit der Ministerien dauert fort. Der Finanzminister wird heute an die Beamtenhaft und an das Militär den Gehalt für einen Monat auszahlen. Von 390 Flügeladjutanten treten 360 in die Front zurück. Der gestrige Ministerrat beschloß unter anderm, die nach Tripolis Verbannenen auf Staatskosten in die Heimat zurückzubringen, ferner die bisherigen Formalitäten beim Wechsel eines Domizils aufzugeben, die Gemeinderäte auf Grundlage des städtischen Wahlrechtes einzurichten und mit Erparnissen an Staatsbeamtengehalten vom 14. d. angefangen zu beginnen.

Allgemeine Wehrpflicht in der Türkei.

Wien, 20. August.

Aus Konstantinopel wird geschrieben: Der angekündigte Gesandtenwurf über die allgemeine Wehrpflicht aller Osmanen ohne Unterschied der Religion und des Wohnortes setzt das militärpflichtige Alter von 20 bis 45 Jahren an und die Dienstzeit mit sechs Jahren, wovon drei Jahre aktiv und drei Jahre in der Reserve zugebracht werden sollen. Es ist beabsichtigt, später die aktive Dienstzeit auf zwei Jahre herabzusetzen. Ferner wird davon gesprochen, die Militärtage, die bisher nur von den militärfreien Mohammedanern zu bezahlen war, von 50 auf 25 türkische Pfund zu erniedrigen. In die Kriegsschule sollen in Zukunft auch Nichtmohammedaner zugelassen und in der gleichen Weise befördert werden wie die Mohammedaner.

Die Regierung wird, bevor sie das Gesetz in Kraft setzt, erst eine Volkszählung veranlassen. Nach Informationen aus guter Quelle beträgt gegenwärtig der Aktivstand des türkischen Heeres im ganzen Reich